



eine Koalition mit bürgerlichen Parteien zu bilden. In Sachen reichen die Demokraten schon zahlenmäßig nicht zur Bildung einer Koalitionsregierung aus; es darf aber auch nicht übersehen werden, daß die Demokraten allein mit den Sozialdemokraten eine Koalitionsregierung nicht eingehen wollen. So bleibt nur die große Koalitionsregierung mit der Deutschen Volkspartei. Das entspricht gewiß nicht dem Empfinden des allergrößten Teils der sächsischen Arbeiterbevölkerung; wenn aber die Koalitionsregierung nicht zu umgehen ist, so fällt dies denjenigen Proletariatskräften zur Last, die direkt oder indirekt den bolschewistischen Wahnwitz fördern und die proletarischen Interessen schädigen. Am Ende darf auch nicht übersehen werden, daß der Deutschen Volkspartei eine Koalition mit Sozialdemokraten ebenso unangenehm ist, wie den Sozialdemokraten die Koalition mit der Deutschen Volkspartei. Und da es nun in Sachsen keine andere Lösung gibt, muß es eben mit der großen Koalition gehen, wie es auch in Preußen seit mehr als zwei Jahren mit der großen Koalition gegangen ist. In einer Koalition kann keine Partei voll ihre Politik durchführen — Koalition ist Kompromiß. Gefällt den Wählern diese Politik nicht, dann haben sie sich bei den nächsten Wahlen zu entscheiden. Aller Voraussicht nach aber wird, wie Karl Kautsky in seinem Buche über die proletarische Revolution nachgewiesen hat, die Koalitionsregierung noch so lange Zeit das Gegebenen eines Übergangszustandes sein, der erst einmal kein Ende finden wird, wenn wir im Reiche mit unserer Wirtschaft und unseren Finanzen, das heißt mit unserem Verhältnis zu Frankreich in Ordnung gekommen sein werden.

Nach meiner Meinung wäre es deshalb das Richtige, wenn sich der Landtagspartei am 6. Januar ohne Landtagsauflösung für die große Koalition entscheiden würde. Neuwahlen werden an dem Verhältnis der Sozialdemokraten zu den Kommunisten nichts ändern, sie werden höchstens die bestehende Kraft noch tiefer machen. Die Wahlen können auch eine bürgerliche Mehrheit bringen. Eine bürgerliche Koalitionsregierung halte ich dann zwar für unwahrscheinlich, indessen der sozialdemokratische Einfluß wäre auf jeden Fall geschwächt, während sie heute noch ganz andere Ansprüche bei der Verteilung des Einflusses stellen kann. Die größere Gefahr jedoch liegt bei einer Entscheidung der Wähler gegen die Sozialdemokratie darin, daß der linke Flügel in der Partei nach seiner ganzen Einstellung sich dafür einsetzen wird, daß wir uns in dem industriellen Sachsen, dem ehemaligen „roten Königreiche“, überhaupt nicht mehr an der Regierungsbildung beteiligen, also auf jeden Einfluß in der Verwaltung verzichten würden. Eine solche Politik ließe darauf hinaus, die bürgerlichen Parteien zu einer Koalitionsregierung zusammenzuzwingen. Es bedarf keines näheren Nachweises, daß die bürgerliche Koalition Gesehgebung und Verwaltung im einseitigsten bürgerlich-kapitalistischen Interesse handhaben würden. Wir haben aber wirklich kein Interesse daran, einer solchen Entwicklung Vorstoß zu leisten. In Thüringen haben sich die bürgerlichen Parteien zu einer Wahlkoalition zusammengeschlossen. Erringt diese Koalition die Mehrheit, wird der Wahlkoalition auch die Regierungskoalition folgen. Der Einfluß der Sozialdemokratie wäre dann völlig gebrochen und ausgeschaltet. Auch in Thüringen hätte die Gefahr der bürgerlichen Koalition gebannt werden können durch die große Koalition, die die Sozialdemokratie abgelehnt hat. Bei einer solchen Politik geht es mit dem Einfluß der Arbeiterklasse immer weiter rückwärts, und es wird, auch wenn die Partei schließlich wieder den rechten Weg einschlägt, lange dauern, ehe sie sich den Einfluß wieder erringt, den sie nach der Stärke der Arbeiterklasse und der ökonomischen Entwicklung beanspruchen darf.

## Auflösung des Landtags beschlossen.

Dresden, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses wurde der Antrag der kommunistischen Partei auf Auflösung des Landtages in kurzer Beratung gegen 5 Stimmen angenommen. Abg. Renner begründete

## Die Nummer.

Von Hans Wesemann.

Jeden Abend tritt das kleine Mädchen in dem großen Variété auf. Vor jeder neuen Nummer des Programms trägt sie eine weiße Pappstrolach mit der schwarzen Ziffer darauf über die Bühne — sozusagen als lebender Ziffernzeiger.

Sammer mit derselben anmutigen Bewegung schlüpft sie hinter dem Vorhang in das farbige Bühnenlicht, und während sie großzügig und ernst in den weiten gefüllten Saal sieht, durchmessen ihre kleinen feinen Schritte den Raum, auf dem gleich hinter ihr die Kräfte den Beifall der gutgelakten Menge ernten werden.

Wie sie so dahinschwebt als eine kunstvolle ausgezogene Marionette, fängt sie in einem hastigen Blicke all das bunte reiche Leben auf, wie es ihre geheimen Wünsche ihr malen: Schöne Kleider, Soupers, Eleganz, ein reicher jugendlicher Herr, der sie heiraten wird, wie sie es in Romanen manchmal liest — oder eine plötzliche glänzende Karriere als Sängerin, die nun selber vor diesen vielen Leuten steht und ihre Begeisterung entgegennimmt als selbstverständlichen Tribut ihrer Kunst und Schönheit — alles das denkt sie ganz schnell, in ungläubiger Erwartung auf ein Wunder, das ihr alles das bescheren wird, und hält dabei die Nummer hoch in Händen wie eine Mantranz.

Aber das Publikum ist Bräutlin und schwört und nur die Herren betrachten manchmal gönnerhaft ihre schlanken Beinchen, die in niedlichen Samthosen stecken.

Und schon ist sie am anderen Ende der Bühne, ein ganz kleines Jögern, ein kleines Schwenken mit der Tafel wie Gruß und Abschied zugleich an das Publikum, und sie ist hinter dem Vorhang verschwunden.

Die nächste Nummer: Der Cloon Heinrich mit dem musikalischen Wunderschwein.

## Mediziner als Werkstudenten.

Das Werkstudententum, das sich in unserer Zeit der Art unter den deutschen Hochschulbesuchern immer mehr herausgebildet hat, schließt für das Studium große Bedenken in sich, die der Freiburger Pathologe Geh. Rat Wschhoff in einem Aufsatz der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ äußert. Gemäß ist in Amerika das Verdienen bei den Studenten und gar bei den Gymnasialisten schon seit langem üblich, aber die Anforderungen sind auch vielfach geringer als bei uns, und der amerikanische Mediziner braucht z. B. auf theoretischem Gebiete nicht sonderlich zu wissen wie der deutsche. Nun ist allerdings das Werkstudententum unter den heutigen Verhältnissen unentbehrlich. Die Eltern besitzen nicht mehr die Mittel, um ihre Söhne und Töchter studieren zu lassen, und dennoch wählen diese zum Teil aus innerem Drang den akademischen Beruf. Da bleibt nichts anderes übrig, als sich selbst die Mittel zu verschaffen.

den Antrag. Ministerpräsident Felsch erklärte für die Regierung, daß viele einen Einfluß auf die Entschliessung der Parteien nicht ausüben wolle, doch habe sich die Regierung verpflichtet gehalten, den Antrag auf Vertagung des Aufhebungsantrages dem Reichsausschuß zu stellen, um den Parteien Gelegenheit zu geben, zu ihren eigenen Anträgen auf Verminderung der Zahl der Abgeordneten Stellung zu nehmen. Es sei unmöglich, diese Anträge etwa zu verabschieden, wenn der Landtag aufgelöst und ein neuer Landtag zusammentreten würde. Die Regierung sehe einer Verminderung der Abgeordnetenzahl grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien erklärten, daß sie es gleichfalls begrüßt hätten, wenn die Anträge in ihrem Sinne erledigt worden wären, doch sei es nun wichtiger, daß in der morgen anberaumten Sitzung des Landtages die Entscheidung über die Auflösung des Landtages erfolge. Der deutsch-nationale Sprecher erklärte, daß im besonderen seine Partei die Anträge auf Verminderung der Abgeordnetenzahl als Wahlparole annehmen werde. Es sei auch dann, wenn der neue Landtag gewählt sei, möglich, die Mandatszahl zu vermindern. Es brauche dann nur die zulezt auf der Liste stehenden Abgeordneten gestrichen zu werden. Ministerpräsident Felsch widersprach dieser Auffassung. Der Demokrat Dr. Seyffert erklärte, daß seine Partei unter Vorbehalt dem Aufhebungsantrag zustimmen werde.

Eine endgültige Entscheidung fällt natürlich erst am Freitag in der Vollsitzung des Landesparlaments. Daß bis dahin noch eine Aenderung der politischen Situation eintreten würde, ist kaum anzunehmen.

## Der Dolchstoß Conrad v. Höhendorffs.

Wie wir in den Krieg hineinschlitterten.

Im kommenden Wahlkampf wird wieder die Behauptung der Deutschnationalen und der Völkischen eine große Rolle spielen, Deutschland sei durch das sogenannte „Novemberverbrechen“ der Sozialdemokratie in seine gegenwärtige unglückliche Lage geraten. Daß diese Behauptung durch die gesamte Memoirenliteratur als die inamte aller Geschichtslügen entlarvt ist, wird die Herrschaften wenig genieren. Trotzdem ist es notwendig, das Vorzeismaterial gegen die Novemberlüge, das sich zu Bergen aufhäuft, wenigstens denen zugänglich zu machen, die bereit sind, die Wahrheit zu erkennen.

Jetzt hat der österreichische Generalstabschef vor dem Kriege, Conrad v. Höhendorff, den vierten Band seiner Erinnerungen erscheinen lassen, in dem er endlich auf die Entstehung des Weltkrieges zu sprechen kommt. Da berichtet er u. a. über die gemeinsame Ministerstimmung vom 7. Juli 1914, in der der Krieg gegen Serbien beschlossen wurde, das Folgende:

Graf Tizias hat Sorge für Siebenbürgen veranlaßt mich, die geographischen Verhältnisse dieses Gebietes darzulegen. Die von Graf Tizias verlangte Aufklärung über die Chancen eines Kampfes gegen Rußland, Rumänien, Serbien und Montenegro gab ich dahin, daß die Chancen für uns nicht günstig seien.

Vom Ministerrat in mein Bureau zurückgekehrt, orientierte ich den Chef des Operationsbureaus über den momentanen Stand der Dinge und bemerkte: Einen Krieg gegen Serbien und Montenegro allein könnten wir natürlich ohne weiteres führen, auch noch einen solchen gegen Rußland, wenn Rumänien neutral bleibt und Deutschland an unserer Seite steht; einer feindlichen Kombination Rußland, Rumänien, Serbien und Montenegro sind wir aber nicht gewachsen. Ich möchte mir gern einreden, daß es nicht so sei, aber es ist so.

Am 23. Juli hatte Conrad eine Besprechung mit dem k. u. k. Außenminister Grafen Berchtold, über die er berichtet:

Ich bemerkte, daß, wenn mobilisiert würde, auch der Krieg geführt werden müsse. Der Minister warf fragend ein: „Wenn aber Serbien am zweiten Mobilisierungstag nachheilt?“ Ich erwiderte: „Dann muß Serbien die Kosten zahlen.“ Damit meinte ich die durch die Mobilisierung erwachsenen Ausgaben. Graf Berchtold äußerte hierauf Besorgnisse wegen Italien, worauf ich

„Wie steht es nun mit den wirtschaftlichen Ergebnissen?“ fragte Wschhoff. „Die Frage ist wegen der Verschleidenheit des Verdienstes sehr schwer zu beurteilen. Immerhin weiß ich als gewesener Vorlesender der Studentenhilfe, daß sich mancher seiner Unterhalt für ein ganzes Semester in den Ferien verdienen konnte. Andere gaben sogar freiwillig Teile ihres Verdienstes für andere bedrängte Kommilitonen ab. Aber wir dürfen die Schattenseiten nicht übersehen, die sich aus einer Ueberreibung des Prinzips der Wertarbeit ergeben. Wenn ein Mediziner alle Ferien bis zum letzten Semester mit Wertarbeit ausfüllt, so kann er ein ganz leidlicher Wertarbeiter werden, wird aber als Mediziner unmöglich das leisten, was er noch 10 Semestern Studium leisten soll. Solange die Spezialfächer einen so umfangreichen Teil des Staatsexamens bilden, muß die Freizeit des Mediziners fast ganz mit diesen Spezialstudien ausgefüllt sein. Die Aneignung der theoretischen Kenntnisse und wirtschaftlichen Arbeitsmethoden verlangt viel Zeit. Das Werkstudententum darf diese nicht ganz verschlingen. Man wird gern zugeben, daß die Ferien nach dem 6. und 7. Semester mit Wertarbeit ausgefüllt werden. Aber dann tritt die Medizin in ihre alleinigen Rechte, sonst stinken die Leistungen, wie sich jetzt schon zeigt, auf eine bedenklich niedrige Höhe herab. Dies gilt für alle Universitäten, die ich befragen konnte. Das wird um so schlimmer, je härter körperlich anstrengend die Wertarbeit war. Grabenarbeit, Biotin spielen im Kasse und Arbeiten auf der Bank sind sehr entschuldigend anstrengend. Es wird also Zeit sein, daß sich die Kommilitonen ernsthaft prüfen, ob sie wirklich den betreffenden Verdienst so nötig haben wie es scheint, ob sie nicht lieber im Semester etwas härter liegen, um dafür in den Ferien der Wissenschaft dienen zu können. Die Begeisterung für ein Ideal darf nicht dazu führen, daß das Ergebnis, welches man gerade durch die Wertarbeit erreichen will, nämlich ein gründliches Studium, in Frage gestellt wird.“

Wschhoff fordert, daß den wirklich notleidenden Studenten, die nach seiner Erfahrung über ein Drittel der Studentenschaft ausmachen, besonders weitgehende Unterstützung zuteil werde, und er regt an, daß der Staat den Medizinalpraktikanten die Mittel an die Hand gebe, sich die nötigen Instrumente und sonstigen Einrichtungen für eine spätere Niederlassung kostenlos zu beschaffen. Dafür sollten dann die jungen Ärzte, die von diesem Vorrecht Gebrauch machen, für eine Reihe von Jahren sich dem Staat zur Verfügung stellen.

Nationalistische Käpseleuten im Theater. Ueber den Theaterstandal bei der Silvesteraufführung im Großen Schauspielhaus schreibt uns ein Parteigenosse:

Ohne zu dem Stück selbst Stellung nehmen zu wollen, wird man doch der Art, wie auch den Kreisen, von denen die Pfeiforgie ausgegangen ist, Kupferlamellen schenken müssen. Kurz vor Beginn der Aufführung erhielt ein Herr, dessen Interesse für das Theater bekannt ist, von vertrauter Seite die Nachricht, es werde ein Standal geplant von denselben Kreisen, die im Februar 1921 bei der Aufführung des „Reigen“ im kleinen Schauspielhaus Stinkbomben geworfen hatten. Die Mitteilung kam diesmal so spät, daß für poli-

antwortete: „Wenn wir Italien auch zu fürchten haben, dann mobilisieren wir nicht.“

Diese Antwort entsprach meiner Ansicht, daß wir einem Krieg nach drei Fronten (Balkan, Rußland und Italien) nicht gewachsen seien.

Italien trat aber später in den Krieg ein, ebenso Rumänien, Frankreich, das englische Weltreich, die Vereinigten Staaten waren nach gar nicht in die Berechnung mit einbezogen, so weit reichte der k. u. k. Horizont nicht.

Aus der Darstellung Conrads geht klar hervor, daß Oesterreich den Krieg mit Serbien vermeiden hätte, wenn nur vorausgesehen worden wäre, welche Mächte sich gegen Oesterreich und seine Bundesgenossen in Bewegung setzen würden. Erschien doch dem ersten Militärattachéverträndigen der Donaumonarchie der Krieg als ausichtslos, wenn auch nur Italien auf die Seite der Gegner trat.

Der Krieg war verloren, noch ehe er begonnen hatte. Trotzdem hat Conrad, damals der mächtigste Mann von Wien, den Krieg gegen Serbien nicht vermeiden wollen, und von Berlin her fiel ihm niemand in den Arm.

Die Geschichte von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands ist ein Schwindel. Aber mag man über die Moral der einseitigen Machthaber von Berlin und Wien im Vergleich zu jener der anderen Regierungen denken wie man will, an politischer Einsichtslosigkeit haben sie ein Beispiel geliefert, dessen gleichen man in der Weltgeschichte nicht findet. Wären sie vor dem Richterstuhl der Ehre auch rein wie die Engel, so blieben sie doch vor dem ihrer eigenen Völker schuldig, denn sie haben ihre eigenen Völker, wie Conrads Zeugnis von neuem beweist, in den größten aller Kriege hineingeführt mit der sicheren Aussicht auf die totale Niederlage.

Wenn jetzt ihre deutschnationalen und völkischen Agenten die Schuld an dem Geschehenen denen aufbürden wollen, die alles getan haben, um die Niederlage zu vermeiden — indem sie den Krieg vermeiden und später noch seinem Ausbruch ihn noch vor der Niederlage mit einem billigen Frieden beenden wollten —, dann kann man nur über die Dummheit und Blindheit der Menschen trauern, die solche Lügenmärchen glauben.

Das Urteil der Geschichte ist gefällt!

## Sort mit dem Ausnahmezustand!

Er liefert Waffen für die Separatisten.

Köln, 3. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Eine Funktionärerversammlung der Königlich Sozialdemokratischen nahm nach einem Vortrage des Landtagsabg. Haas einstimmig eine Entschliessung an, die aufs neue den Standpunkt vertrat, daß staatsrechtliche Aenderungen am Rhein zu bekämpfen seien. Ebenso wurde einstimmig folgende Entschliessung der Reichstagsabgeordneten Sollmann, Meerfeld und Fries angenommen:

„Der seit über drei Monaten verhängte militärische Ausnahmezustand im Reich hat durch Parteiverbote, Pressensur, Versammlungsverbote, durch die Verfolgung der reichstreuen mitteldeutschen Regierungen und die Schöpfung der bayerischen Reichswehr durch das Verbot der Wehraweisen einer Generallieferung politische Verhältnisse geschaffen, die die Abtrennungsgesfahr im besetzten Gebiete verstärken. Die Militärverwaltung liefert den Separatisten aller Art Material gegen die reichstreuen Republikaner der Rheinlande, vor allem auch in der schwerbedrohten Pfalz. Wir fordern sofortige Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Reich.“

Die sozialdemokratische Fraktion im Schaumburg-Verden Landtag hat einen Antrag eingebracht, welcher an die Regierung des Erlaubs richtet, mit Preußen bzw. mit einem anderen Lande in Ansehungsverhandlungen einzutreten.

Das Volksgericht München hat gegen Graf du Roussin-Ckari Haftbefehl wegen Hochverrats erlassen. Der Haftbefehl dürfte mit den Vorgängen am 8. und 9. November im Zusammenhang stehen.

zöllischen Schutz nicht gesorgt werden konnte. Einige Theaterbesucher äußerten: „Diesmal ist für das Gelingen gesorgt; unsere Leute sind im ganzen Hause verteilt.“ Auch die Art, wie die Störungen inszeniert wurden, zeigte deutlich die Vorbereitung und Planmäßigkeit, wobei es natürlich möglich ist, daß andere, vielleicht aus Gegnersicht gegen den Komponisten oder in der Silvesterstimmung, sich mitreihen ließen. In der Hauptsache war der Zweck unentzweifelbar: Rache der Deutschvölkischen an dem Direktor für das Mißlingen des Reheerfalls vor zwei Jahren. Auch die Nebenarten, mit denen die Kräfte sich rechtfertigten, waren dieselben. Es behaupten, mit der Bezahlung des Eintrittsgeldes hätte jeder das Recht erworben sich so zu benehmen, wie er wollte. Daß man auch gegen Bezahlung sich in anständiger Gesellschaft nicht wie ein Häsel betraut und auch, wenn einem das Stück mißfällt, nicht die Kräfte beleidigen und verhöhnen darf, geht nicht in solche Köpfe.

Bonner Preuß. In dem neuen Drama „Rosengarten“ von Frh. v. Unruh, das in Darmstadt aufgeführt wurde, kommen die Worte vor: „Bonner Preuß — schwarzweiß — 27 Reuten — zwei Säbelwölfe.“ Durch diese Worte lästeten sich die Mitglieder des Bonner Korps Borussia, zu dessen „alten Herren“ bestamtlich Wilhelm II. und sein ältester Sohn gehören, beleidigt und schanden an Unruh, wie das „Feldberger Tageblatt“ mitteilt, folgenden Brief:

Bonn, den 10. Dezember 1923.

Im Auftrage eines wohlhbl. C. C. der Borussia zu Bonn fordere ich Sie auf, diejenigen Stellen in Ihrem Schauspiel „Der Rosengarten“, die das Korps Borussia betreffen, zu streichen, da dieselben für einen wohlhbl. C. C. der Borussia beleidigend sind. Weiterhin fordere ich Sie auf, eine Aufführung dieses Stückes vor Streichung dieser Stellen zu verhindern. Als fernere Denuktion verlange ich eine Revokation dieser Stellen mit dem Ausdruck des Bedauerns in der „Kreuzzeitung“, dem „Vorwärts“ und der „Völkischen Zeitung“. Sollten Sie auf diese meine gestellten Forderungen nicht eingehen, so erbitte ich umgehend die Abreise Ihres Korpsführers.

Rudolf Schierhoff, cand. jur.

Das Schreiben ist so ungeheuerlich, daß man eine Waffentatorm vermute würde, wenn — es sich nicht um ein feudales Studentenkorps handelt.

Chefverordneter des russischen Gesundheitsamts. Das russische Gesundheitsamt hat dem Rat der Volkskommissare den Entwurf eines Gesetzes unterbreitet, durch welches alle in die Ehe tretenden Personen verpflichtet werden sollen, einander genaue Angaben über ihren körperlichen und geistlichen Gesundheitszustand zu machen. Ohne die behördliche Feststellung über Abzute dieser Art soll keine Eheschließung stattfinden dürfen. Für falsche Angaben oder Verschweigung von Krankheiten werden die betreffenden Personen zur gesetzlichen Verantwortung gezogen.

Paul Cocher, Historiker 85, eröffnet am 8. Januar eine Sonderausstellung Max Seemann, die einen Ueberblick über das malerische und graphische Werk des Künstlers in den letzten Jahren geben soll.

## Der Reichspräsident an die Jugend.

Der die deutschen Jugendvereinigungen sämtlicher Parteien und Konfessionen umfassende Ausschuss der deutschen Jugendverbände hatte dem Reichspräsidenten im November vorigen Jahres eine Kundgebung, enthaltend ein Bekenntnis und eine Mahnung zur Einigkeit und zur Treue zum gemeinsamen Vaterlande, übermittelt.

Der Reichspräsident hat darauf mit folgendem Schreiben geantwortet:

Zur Jahreswende feucht das deutsche Volk unter hartem Druck und quälendem Elend. Die wirtschaftliche Not weiler Volksfreude wird erschwert durch die lähmende Ungewißheit über das zukünftige Schicksal unseres Landes.

Dennach ist die Hoffnung im deutschen Volke noch nicht erloschen, die

### Hoffnung auf einen Aufstieg.

auf eine bessere Zukunft. Diese Hoffnung aber hat ihre besten und stärksten Wurzeln in dem Vertrauen auf den Willen und die Kraft der deutschen Jugend.

Das junge Deutschland hat dieses Vertrauen bisher gerechtigt. Es hat seinerzeit die Grenzen unseres Landes schütten helfen, es hat erst in jüngerer Zeit mit eroberter Einmütigkeit und Geschlossenheit sich für des Reiches Einheit und Geschlossenheit eingesetzt; es hat in Selbsttätigkeit und in Erkenntnis der Notwendigkeit Einfachheit und Schlichtheit zum Grundsatz des persönlichen Lebens erhoben; es hat in den letzten Wochen mit bescheidener Selbstverständlichkeit die

### Rolle im Volke zu spielen

gesucht, und es hat inmitten eigener materieller Sorgen und Kummernisse doch nicht veräußert, seine seelischen Triebkräfte zu stärken und Heimatliebe und Heimatkultur zu pflegen.

Deutsche Jugend! Erhalte und stärke in Dir diesen Gemeinsinn und diesen Idealismus! Das deutsche Volk kann nur leben und eine geachtete Stellung unter den Völkern einnehmen, wenn es seine Geschichte in einer freien und friedliebenden Demokratie selbst bestimmt. Diese Selbstbestimmung wird aber nur dann lebendige und dauernde Kraft des ganzen Volkes werden, wenn die junge Generation die dafür nötigen Eigenschaften durch die deutsche Jugendbewegung in sich herankulturiert: gesundes Nationalgefühl, staatsbürgerliche Gesinnung, das Bewußtsein der Verantwortung vor der Gemeinschaft, soziale Mißempfinden und nicht zuletzt die Achtung vor der Weltanschauung und der ethischen Überzeugung andersdenkender Volksgenossen.

Deutsche Jugend! Wenn Du in solcher Gesinnung und mit solchem Willen die Schwelle des neuen Jahres überschreitest, wirst Du selber am meisten mit dazu beitragen, daß aus den düsteren Jahren der Vergangenheit und aus der Schwere der Gegenwart heraus der Weg des deutschen Volkes allmählich wieder aufwärts führt zu freudiger Arbeit in einem geeinten und freien Deutschland. gez. Ebert."

## Die Aenderung des bayerischen Wahlgesetzes

München, 2. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am 3. Januar tritt der Verfassungsausschuss des Bayerischen Landtages zusammen, um über die in der Sitzung des Landtages vom 21. Dezember beschlossene Aenderung des bisher gültigen Landtagswahlgesetzes, durch die eine Verbilligung der Volkvertretung herbeigeführt werden soll, zu beraten. Dazu liegt ein Entwurf der Regierung vor, der die Zahl der Mandate von 158 auf 114 verringert, so daß auf je 70 000 Wähler je ein Abgeordneter kommt statt bisher auf je 50 000. Die neuen Landtagswahlkreise decken sich mit den Reichstagswahlkreisen, sind also um die Hälfte, von 8 auf 4, verringert worden, wodurch sowohl in der Vorbereitung wie Durchführung der Wahl bedeutende Einsparungen erzielt werden. Auf den Wahlkreis Oberbayern-Schwaben fallen nunmehr 34, auf Niederbayern und Oberpfalz 20, auf Franken 23 und auf die Pfalz 12 Abgeordnete. Der Entwurf sieht auch noch eine Reihe weniger wesentlicher Anordnungen vor, so insbesondere eine Verkürzung der Fristen für das Wahlverfahren und für die Herstellung der Wahlzettel. Für den Fall, daß auch in der Pfalz die Durchführung der Wahlen unmöglich ist, und das ist wahrscheinlich, werden dort die Wahlergebnisse aus dem Jahre 1920 zugrunde gelegt. Hierbei soll eine übereinstimmende Erklärung der Vertrauensmänner mehrerer Wahlvorschläge genügen, um die Vereinigung der für mehrere Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen herbeizuführen.

Ursprünglich war in dem Entwurf auch vorgesehen, das Wahlalter von 20 auf 25 Jahre wie früher hinaufzusetzen und weiterhin eine Aenderung der Stimmkreise durchzuführen, um eine ungleiche Behandlung der Wahlergebnisse in Stadt und Land auszuschalten. Diese geplanten Aenderungen sind aber zunächst zurückgestellt worden, so daß der Entwurf sehr wohl eine rasche Bearbeitung und Annahme im Landtag finden kann. Von der Sozialdemokratie wird seiner schnellen Verabschiedung kein Hindernis bereitet werden. An dem Verhalten der Bayerischen Volkspartei bei der Beratung wird sich klar herausstellen, ob diese Partei tatsächlich, wie sie sich ursprünglich den Anschein gegeben hat, die sofortige Auflösung des Landtages und die Neuwahl will. Tut sie das, dann können die Neuwahlen bereits in diesem Monat durchgeführt werden.

## Antwort an Deutschland.

### Vermittlicher Inhalt der französischen Antwort.

Paris, 3. Januar. (WTB.) Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas glaubt nach den Andeutungen, die er erhalten hat, über den Inhalt der gestern am Quai d'Orsay festgelegten Antwort auf das deutsche Memorandum vom 24. Dezember mitteilen zu können, die örtlichen französischen Behörden im besetzten Gebiet seien im allgemeinen ausdrücklich gegen die allgemeine Anwendung der von der deutschen Regierung im Ruhrgebiet und in den Rheinlanden verlangten Maßnahmen, denn diese seien geeignet, dem Handel und sogar der Sicherheit der Befahrungsmittel Abbruch zu tun. Man könne also erwarten, daß die französische Regierung sich auf die Rechte beschränke, die sie aus dem Vertrage habe, und daß sie nicht versuche werde, die deutsche Regierung daran zu erinnern, daß gewisse Forderungen, die diese stelle, wenigstens teilweise, nämlich was die Wiedereinstellung der Eisenbahnen anlangt, bereits befriedigt worden seien. Man habe weiter Grund zu der Annahme, daß den anderen deutschen Vorschlägen keine Folge gegeben werde, da sie die leitenden Grundsätze der französischen Reparationspolitik, die so oft proklamiert worden seien, in Frage stellen könnten. Die französische Note sei in einem sehr gemäßigten Ton abgefaßt und trage lediglich technischen Charakter, sie verfolge nicht den Weg für spätere Verhandlungen.

## Die Pfalz, „der öffentliche Skandal Europas“

London, 3. Januar. (WTB.) Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt: Vor fast 200 Jahren sei das Verhalten der Franzosen in der Pfalz der öffentliche Skandal Europas gewesen, und heute verhalte die französische Regierung noch immer, die Politik Ludwigs XIV. zu wiederholen und dieses Gebiet von Deutschland loszutrennen, und zwar mit demselben Ziel wie früher, nämlich um andere Staaten zu schwächen und ihre eigene Macht zu vermehren.

## Weisse Freuden am Weissen See.

Der Genuss der „echten“ Winterfreuden ist durchaus nicht immer den sozusagen abgestempelten Wintertouristen vorbehalten. Betritt man z. B. den Erlangen-Park im 18. Bezirk, so sieht man hier auf Eis und Schnee ein lustiges Leben und Treiben. Der See liegt ca. 8-10 Meter tiefer als die an ihm vorbeiführende Berliner Allee. Dies genügt immerhin schon für die Berliner Verhältnisse, um hier eine ganz annehmbare Kodelbahn entstehen zu lassen. Da solche Gelegenheiten im Berliner Norden und Osten nicht mehr zu finden sind und die Fahrtkosten nach Tegel, nach dem Brunow- oder zu den Müggelbergen zu hoch sind, ist in Weissen See die Kodelbahn mit den vergnügten Rodlern und schaulustigem Publikum überfüllt. Denn schon das Zusehen ist lustig. Ein Schlitten nach dem anderen faßt die Bahn hinunter. Natürlich geht es nicht immer glatt ab. Es geht auch oft ungewollt schief. Mag es an dem Führer oder mag es an der Kodelbahn liegen: Eine ganz kleine Ursache, und der Schlitten dreht sich mitten im Fahren. Zur Freude der Herumstehenden und in banger und ängstlicher Erwartung der auf dem Schlitten Elenden fährt er rückwärts weiter. Eine kleine Unebenheit nach und hump! Alles kippt um. Die Fahrer purzeln herunter. Da alles glatte ist, geht das Aufstehen nicht so schnell. Ehe sich die Reutchen versehen, kommt der nächste Kodelschlitten angeläuft. Auch ihm blüht dasselbe Schicksal. Ein allgemeines Durcheinander entsteht. Je mehr der Zwischenfall sich auswirkt, der Menschenhaufen anwächst, der sich auf der Bahn herumwälzt, da einer immer wieder den anderen umreißt, desto bewegter wird das Bild. Mancher Fahrer will bei einem Zwischenfall noch ausweichen. Oft geht's vom Regen in die Traufe. Mit voller Wucht fährt er gegen einen Baum, oder auch im großen Bogen in die Zuschauermenge. Einer fällt über den anderen hinweg. Man vergrüßt dabei die blaugefrorenen Nasenspitzen und die eiskalten Füße. Wenn der scharfe Wind einem unglücklich den Hut vom Kopfe reißt und auf die Bahn schiebert, dann erhält er ihn nur selten heiß zurück. Oft ist es vorgekommen, daß die darüberlaufenden Schlitten das Hütlein in zwei Teile teilten. Der Besitzer macht gute Miene zum bösen Spiel. Oft kommt es vor, daß bei einem Holper die Personen vom Schlitten geschleudert werden. Während der Kodelschlitten seines Gastes ledig in die Tiefe fährt, sieht der Fahrer verduht auf dem Schnee. Langweilig wird das Zusehen selten, immer gibt es neue Momente. Man vergrüßt für einige Stunden all die feinsten, nervenaufreibenden Alttagssorgen und genießt echte und rechte Winterfreuden.

## Massenerkrankungen durch giftige Gase.

### Zwanzig Frauen in einer Fabrik zusammengebrochen.

Ein eigenartiger Unglücksfall, der noch der Aufklärung bedarf, hat sich heute zugetragen. Am 12. Uhr mittags wurde die Feuerwehr nach der Kartonfabrik von Hesse u. Stahl, Wassergraben 3, gerufen. Dort waren etwa 20 Frauen, die mit dem Aufkleben von Federn auf Pappkartons beschäftigt waren, plötzlich bewußtlos zusammengebrochen. Der Feuertocher gelang es, alle wieder ins Leben zurückzurufen. Allem Anschein nach sind einer Kanalarbeitung, die zu dem Aufkleben der Federn verwendet wird, giftige Gase entströmt und haben die Arbeiterinnen betäubt. Sämtliche Personen mußten die Arbeit einstellen und in ihre Wohnungen gebracht werden.

## Den Vater erschögen.

### Die Wahnsinnstat eines 27jährigen.

Eine furchtbare Tragödie, die sich in der vergangenen Nacht in dem Hause Memeler Straße 38/37 abspielte, beschäftigt die Nordkommission der Kriminalpolizei.

In dem Hause wohnte seit langer Zeit der 60 Jahre alte Prokurist Ernst Warnke, der bei einer Berliner Firma angestellt war, mit seiner Frau, zwei Söhnen und einer Tochter. Der eine Sohn, ein Jahntechniker, und die Tochter, die in einem Geschäft tätig ist, leben mit den Eltern in bestem Einvernehmen und gaben niemals Veranlassung zu Klagen. Der zweite Sohn dagegen der 27 Jahre alte Tragik August Warnke war etwas leichtsinnig, liehte weiblichen Umgang und trank auch zuweilen. Frau Warnke war über Weibmachten verdrückt und wird erst nach einigen Tagen zurückerwartet. Gestern Abend war der alte Warnke allein zu Hause, als sein Sohn August wieder etwas angetrunken heimkehrte. Der Vater machte dem Sohn Bemerkungen, und dabei kam es zu Tätlichkeiten. Der Sohn griff so in Wut, daß er ein Messer ergriff und es dem Vater ins Herz stieß. Ohne einen Laut zu machen, brach der alte Mann tot zusammen. Der Sohn verschwand sehr zu entsetzen, wurde jedoch von einer Volkspolizei bald ermittelt und festgenommen. Die Nordkommission begab sich alsbald an den Tatort, konnte aber noch keine näheren Feststellungen machen, weil die anderen Angehörigen nicht zu Hause waren. Sie verließ sich vergeblich des Zimmer, um heute durch den Erkennungsdienst den Befund festlegen zu lassen. August Warnke wird im Laufe des heutigen Tages von der Nordkommission eingehend verhört werden.

## Tod durch Methyalkohol?

Der 30jährige Arzt Dr. Berthold Bohnert aus Korslarhe ist von der Silvesterfeier in den Tod ergangen. Er hielt sich bei einer Familie in der Wasserstr. 9 in Treptow auf und erwartete hier im Beisein seiner Frau das neue Jahr. Es wurde angeblich nur mäßig dem Bunsch zugesprochen. In der Nacht stellten sich bei mehreren Gästen unangenehme Erscheinungen mit Brechen ein. Sie traten bei Dr. Bohnert so heftig auf, daß er in den Nachmittagsstunden des Neujahrstages verschied. Der Arzt Dr. Kehler spricht im Totenschein den Verdacht der Vergiftung durch Methyalkohol aus. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

## Die Zugkraft der Fremdenlegion.

Die französische Fremdenlegion läßt, so schwer das zu begreifen ist, auf obentwärtlich veranlaßte Burden immer noch eine gewisse Anziehungskraft aus. Auch die Berichte über das traurige Schicksal von Bordängern scheinen die jungen Leute nicht abzuschrecken. Die Lodungen der Werber mögen wohl noch das Preis zu betragen, daß sie alle Warnungen überhören. Seit Ende März dieses Jahres wurde ein 17 Jahre alter Böhmer Herbert Jaksobi aus der Ebersstraße zu Berlin-Schöneberg vermißt. Er war früher schon einmal seinen Eltern davongelaufen und in der Gegend von Köln am Rhein aufgegriffen worden. Man vermutete deshalb gleich, daß er sich wieder dorthin gewandt haben werde, aber alle Nachforschungen nach seinem Verbleib blieben erfolglos. Jetzt ist festgestellt, daß er sich bei der Fremdenlegion befindet. Wahrscheinlich ist er im Rheinland französische Werbende in die Hände gefallen.

## Die Schwindler mit dem Kurzsattel.

Ein Poltaschwindler wurde von der Kriminalpolizei unerschrocken gemacht. Er gehörte zu einer Bande, die in drei Gruppen mit einem neuen Trick arbeitet, indem sie die Unkenntnis vieler Geschäftsleute darüber ausnützt, daß die österreichischen und ungarischen Kauten nicht in einer Krone, sondern in tauschenden Kronen notiert wurden. Mit dem Kurzsattel in der Hand kommen diese Schwindler in die Geschäfte und fragen zunächst, zu welchen in gebrochener Deutscher, ob österreichische und ungarische Kronen in

Zahlung genommen werden. Wird das bejaht und sehen sie, daß die Verkäufer die Kursnotierung nicht richtig kennen, so kaufen sie allerlei ein, bezahlen viel zu wenig und bekommen oft noch recht viel deutsches Wechselgeld dazu. Ist ihnen der Kauftrieb gelungen, so lassen sie oft auch noch österreichische und ungarische Kronen zu dem gleichen falschen Kurse umtauschen und machen so rasch noch ein zweites Geschäft. Die ausländischen Schwindler scheinen hier ständig Beute als Helfershelfer gefunden zu haben. Sie liefern diesen die Kronenscheine und schicken sie damit auf die Tour. Einer der Gauner wurde jetzt festgenommen. Es ist ein 23 Jahre alter Benjamin Grünfeld, der aus Ungarn stammt und in einem Hotel in der Grenadierstraße wohnte. Bei dem Verhafteten fand man Kauten aller Art, besonders aber in großer Menge österreichische und ungarische Kronen.

## Neuwahl des Stadtverordneten-Vorsiehers.

Vor Neujahr erschienen in einer Reihe von bürgerlichen Zeitungen allerhand Notizen, in denen über die in der nächsten Woche bevorstehende Neuwahl des Stadtverordneten-Vorsiehers berichtet wurde. Man kann wohl annehmen, daß die gleichlautenden Notizen, nach denen die nichtsozialistischen Parteien sich auf die Wiederwahl des bestehenden Vorsitzers Dr. Caspary geeinigt haben sollten, Versuchslösungen waren. Jetzt beschäufte sich das „Berl. Tageblatt“ mit diesen Dingen. Er verweist auf die bisherige Stellung der Demokratischen Fraktion, die stets grundsätzlich die Wahl eines sozialdemokratischen Vorsitzers betrat gewesen sei. Die Demokratische Fraktion habe bisher nur an der Person des von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Kandidaten Anstoß genommen. Sollte die sozialdemokratische Fraktion sich über die Vorsteherwahl mit ihren Koalitionspartnern rechtzeitig verständigen und sollte die Aufstellung eines nicht genehmten Kandidaten ausgeschlossen werden, dann erscheine die Stellungnahme der Demokratischen Fraktion zur Vorsteherwahl klar, d. h. sie werde für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen. Wir zweifeln nicht daran, daß diese Aufstellung der theoretischen Haltung der Demokraten entspricht. Ob sie aber bei der praktischen Entscheidung nicht zu irgendwelchen neuen Ausflüchten greifen werden, muß sich in ganz kurzer Zeit entscheiden. Wir möchten jedenfalls betonen, daß nach unserer Kenntnis die Sozialdemokratie selbstverständlich für die Vorsteherwahl ihren Kandidaten nominieren und sich mit den anderen Koalitionspartnern in Verbindung setzen wird. Wir glauben auch, daß es den anderen Fraktionen nicht möglich sein wird, gegen den vorgeschlagenen Kandidaten irgendwelche stichhaltigen Argumente ins Feld zu führen. Es wird sich also zeigen müssen, ob die bisherige Argumentation der Demokraten und auch anderer Fraktionen ernst zu nehmen ist, oder ob es ihnen nicht doch darauf angekommen ist, überhaupt einen sozialdemokratischen Vorsteher im Berliner Rathaus unmöglich zu machen.

Ein vorläufiger Potsdamer Bürgermeister. In Vertretung des fehlenden Oberbürgermeisters übernimmt mit dem heutigen Tage Bürgermeister Kausch die sämtlichen Amtsgeschäfte der Stadt Potsdam. Die Stelle des Oberbürgermeisters für Potsdam wird vorläufig aus Sparmaßnahmsrücksichten nicht ausgeschrieben. Oberbürgermeister Hoffberg verabschiedete sich heute vormittag in feierlicher Weise vom dem Magistrat und der Beamtenschaft der Stadt Potsdam.

Lebenswert der österreichischen Sicherheitsbeamten. Durch eine großzügig angelegte Sammlung unter den Sicherheitsbeamten in Oesterreich ist es diesen ermöglicht worden, eine umfangreiche Lebensmittel-Paketsendung durch den Zentralkomitee für Auslandshilfe ihrer in Rot befindlichen Kollegen in Berlin zu übermitteln. Mit der Verteilung der über 1000 Pakete wurde die Bezirksgruppe Groß-Berlin des Verbandes österreichischer Polizeibeamten beauftragt. Nach Erledigung der notwendigen Vorbereitungen konnten diese Paketsendungen den Ortsgruppen in den Polizeidistrikten zur Verteilung übergeben werden, von wo sie gelegentlich kleiner Weihnachtsfeiern den bedürftigen Kollegen, Witwen, Waisen und Pensionären ausgehändigt wurden.

## Hochwasser in Paris.

Infolge der dauernden Regenfälle hält das Steigen der Seine weiter an. Seit gestern ist das Wasser um 23 Zentimeter gestiegen. Anwohner sind viele Stadtteile von Paris unter Wasser gesetzt worden. In den Kellern des Quai d'Orsay steht das Wasser 60 Zentimeter hoch. Man hat einige Motorpumpen aufgestellt, die seit gestern früh in Tätigkeit sind. In Auteuil müssen zahlreiche Wohnungen geräumt werden; ebenso in Chilly und Birry. Seit vorgestern ist der Bahnhof am Quai d'Orsay sowie der Gare du Pont und St. Michel infolge Überflemmungsarbeiten für den Verkehr geschlossen worden. Auch der Invalidenbahnhof, von dem die Züge nach Versailles abgehen, mußte für den Verkehr gesperrt werden. Die Nachrichten verschiedener meteorologischer Stellen lauten weiterhin alarmierend, da von überall her starke Schneeschmelzen gemeldet werden.

Der Erste Bürgermeister von Hamburg, Dr. Dieckel, ist heute vormittag gestorben.

Riesendiebstahl einer russischen Prinzessin. Die 30jährige russische Prinzessin Olga Kollowitsa entwandte auf dem Gut Krogstrup bei Kopenhagen, wo sie seit Weihnachten zu Gast war, Schmuckstücke im Werte von 15 000 Kronen. Die Prinzessin wurde in das Gefängnis nach Helsingör übergeführt. Es ist festgestellt worden, daß während der zwei letzten Jahre, während deren sich die Prinzessin in Kopenhagen aufhielt und viel in diplomatischen Kreisen verkehrte, fortgesetzt Schmuckstücke aus dem Kreise ihrer Bekannten verschwand. Es wird jetzt untersucht, ob auch diese Diebstähle der Prinzessin zur Last fallen.

Im Schwarzen Meer müdete dieser Tage ein ungewöhnlich starker Orkan. Hoff alle auf hoher See befindliche Schiffe erlitten bedeutende Schäden; das Schicksal vieler ist noch unbekannt. In Anapa wurde ein Zug von 22 Wagen von dem Sturm ins Meer geschleudert.

## Groß-Berliner Parteiennachrichten.

1. Kreis. Mitte. Freitag, den 4. Jan.: Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes abends 7 Uhr, bei Dobrolom, Seemannsclub Str. 11.
123. Abt. Arbeiter. Freitag abends 7 Uhr, Zimmer 21, Sitzung des engeren Vorstandes und der Fraktion — Die Mitgliedervereinsammlungen finden am Mittwoch, den 9. Januar, im Realgymnasium statt. Die Gruppenarbeiten sind veranlaßt, einzulösen.
124. - 190. Abt. Arbeiter. Freitag, 4. Jan., im Jugendheim, Reichstr. 22, Sitzung des Vorstandes mit sämtlichen Abteilungs- und Gruppenführern.

## Jugendveranstaltungen.

Gruppe Treptow. Heute abend, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Reichstr. 22, Vortrag abend. — Gruppe Friedrichshagen. Heute abend, 7 1/2 Uhr, Sozial. Arbeitervereinsklub am Ostbahnhof 17, Diskussionsabend. — Gruppe Köpenick, Friedrichshagen und Treptow. Sonntag, den 6. Jan., abends 7 1/2 Uhr, am Ostbahnhof 17, Diskussionsabend.

## Geschäftliche Mitteilungen.

„Er“ ist da! Der langverheißene Beginn des Sparten-Konsums der Firma „Er“ ist da! Am 2. Januar eröffnen sich die ersten 1000 Filialen der bekannten „Er“ in 11 Städten. Es empfiehlt sich Einkauf schon am frühen Vormittag. Beachten Sie das Jauchez in der heutigen Ausgabe.

